



Schulische Abschlüsse, wie hier am Departement Gesundheit der ZHAW, stechen Lehren zunehmend aus.  
Annick Ramp

# Wie die Schweiz ihr Bildungsziel verfehlt

Bund und Wirtschaft setzten sich vor 20 Jahren zum Ziel, dass 95 Prozent der 25-Jährigen einen Lehrabschluss oder eine Matur haben. Passiert ist seither wenig. Dabei lägen Lösungen auf dem Tisch.

Von Philippe Wampfler, 12.01.2026

«Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.» Aus diesem Grundsatz der Bundesverfassung hat sich ein bedeutendes Ziel der Schweizer Bildungspolitik abgeleitet: Möglichst viele junge Menschen sollen einen Abschluss haben.

Im Jahr 2006 konkretisierten die Arbeitgeber- und Berufsbildungsverbände gemeinsam mit den verantwortlichen Stellen beim Bund dieses Ziel. Fortan galt, dass 95 Prozent der jungen Erwachsenen in der Schweiz bis zu ihrem 25. Altersjahr einen Abschluss nach der obligatorischen Schulzeit haben sollen. Gemeint sind damit einerseits Lehrabschlüsse, andererseits allgemeinbildende Abschlüsse wie eine Matur oder Fachmatur. Das 95-Prozent-Ziel sollte bis 2015 erreicht sein. Denn, so heisst es im Beschluss dazu: «Erwachsene ohne Abschluss werden auf dem Arbeitsmarkt vermehrt zu einer Risikogruppe.»

Das Ziel war mustergültig formuliert. Es ist spezifisch, messbar, relevant und terminiert. Nur: Ist es auch erreichbar?

Bis heute ist nämlich fast gar nichts passiert. 2006 lag die Quote der 25-Jährigen in der Schweiz ohne nachobligatorischen Abschluss bei rund 10 Prozent – praktisch gleich wie 2024. Noch immer hat jede zehnte Person im Alter von 25 Jahren keinen Abschluss.

Das ist ernüchternd. Bildungsforscherin Florence Mauli hielt bereits 2023 fest, das Ziel scheine «ausser Reichweite». Warum erzielt die Schweiz trotz eines breit abgestützten Konsenses in diesem Bereich kaum Erfolge? Die Antworten auf diese Frage benennen Schwächen des Schweizer Bildungssystems, die selten angesprochen werden. Und sie sind ein Lehrstück darüber, welche Herausforderungen die Schweiz aktuell nicht meistern kann, obwohl Fachpersonen wirksame Massnahmen identifiziert haben.

## **Grund 1: Die Volksschule muss mehr leisten**

Die einfachste Erklärung zu Beginn: Jugendliche verlassen die Volksschule ohne die nötigen Qualifikationen für eine weitere Ausbildung. Diese These fächert der Bildungsbericht der Schweizer Koordinationsstelle für Bildungsforschung in drei Faktoren auf. Gute Voraussetzungen für einen Abschluss mit 25 Jahren haben Jugendliche, die eine anspruchsvolle Sekundarschule besuchen. Sie schliessen an die obligatorische Schulzeit idealerweise sofort eine weitere Ausbildung an. Und sie können ein Ziel während Jahren mit Leidenschaft verfolgen, auch wenn sie Rückschläge erleben. Diese nicht kognitive Kompetenz nennt man in der Fachsprache Grit.

Sekundarschulen müssten Jugendliche also darauf vorbereiten, komplex zu denken, mit 15 Jahren ein klares Berufsziel zu haben und dieses auch dann weiterzuverfolgen, wenn sie dafür Hindernisse überwinden müssen.

Das gelingt nicht optimal: Rund 18 Prozent der Jugendlichen entscheiden sich nach der Sekundarschule für ein Brückenangebot oder gegen eine weitere Ausbildung.

Das hängt auch mit kognitiven Defiziten zusammen: Ein Fünftel der Schülerinnen erfüllt nach der Volksschule die mathematischen Grundanforderungen nicht, ein Viertel hat nicht richtig lesen gelernt. Beide Gruppen haben grosse Mühe, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden.

Als dritter Faktor bleibt Grit. Eine neue Studie, die Bildungsökonom Stefan Wolter mitverfasst hat, zeigt, dass die Wahl des Bildungswegs stark mit der Fähigkeit zusammenhängt, sich fürs Lernen zu begeistern und dranzubleiben. Wie dieses Grit genau beeinflusst werden kann und wie es sich auswirkt, wird weiter erforscht – tendenziell entwickeln Mädchen mehr davon als Knaben.

## **Grund 2: Die Berufslehre integriert, setzt aber Integration auch voraus**

Spricht man mit der Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm über das 95-Prozent-Ziel, sagt sie: «Die Schweizer Berufsbildung ist die grosse Integriererin.» Mit Blick auf das hier diskutierte Problem müsste man aber wohl differenzieren: *Wenn* Menschen Zugang zur Berufsbildung finden, dann kann sie enorm viel leisten. Wer eine Lehrstelle antritt, erhält berufliche und Allgemeinbildung, lernt einen Arbeitsplatz im Detail kennen und baut Beziehungen mit Berufsleuten auf. Das sind Schlüssel für die Integration von Menschen in die Schweizer Gesellschaft.

---

### **Zum Autor**

Philippe Wampfler ist Mittelschullehrer für Deutsch und Mathematik und unterrichtet an der Kantonsschule Uetikon am See im Kanton Zürich. Daneben ist er Dozent für Deutschdidaktik an der Universität Zürich. Für die Republik schrieb er zuletzt über künstliche Intelligenz in Schulen.

So gesehen ist es besonders problematisch, dass Ausländer das gesteckte Ziel deutlich öfter verfehlen als Schweizerinnen, die nahe bei den angestrebten 95 Prozent liegen. Diese Diskrepanz lässt sich mit den Daten aus den Bildungsberichten erklären: Ausländer kennen unter anderem das System der Berufslehre zu wenig gut und entscheiden sich deutlich seltener dafür. Rund 13 Prozent der im Ausland geborenen Ausländerinnen absolvieren weder eine Berufslehre noch eine weiterführende Ausbildung.

Im Kanton Luzern hat die Bildungsdirektion ein besonderes Augenmerk auf dieses Problem gelegt. Bildungsdirektor Armin Hartmann weist auf zwei Massnahmen hin: «Lernende mit Migrationshintergrund haben, eben weil die Bildungssprache so entscheidend für die Bildungskarriere ist, bedeutende Nachteile.» Das Bildungsdepartement unterstützt deshalb die Sprachförderung über alle Schulstufen hinweg. Die zweite Massnahme betrifft die Bildung von Erwachsenen. Gutscheine für

Weiterbildung, Kursangebote für einen späteren Berufsabschluss sowie eine Revision des Stipendiengesetzes sollen das Problem zumindest lindern.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich zwei Forderungen: Erstens muss das Schweizer System den Menschen, die es zu wenig gut kennen, genauer erklärt werden. Dazu reichen Informationen auf Elternabenden nicht, nötig wäre so etwas wie eine Schnupperlehre für Eltern, bei der diese die Ausbildung in Lehrbetrieben vor Ort kennenlernen könnten, um zu verstehen, wie die berufliche Bildung funktioniert.

Zweitens ist «25 das neue 18», wie Stamm im Gespräch mit der Republik sagt. Das sei zwar ein guter Zeitpunkt, um Daten zu erheben, aber ein schlechter, um Bildungsprozesse zu beenden. Menschen brauchen heute länger, um sich für eine berufliche Laufbahn zu entscheiden. Das System sollte ihnen diese Zeit geben und Angebote für Erwachsene bereithalten.

### **Grund 3: Lehrbetriebe werden mit Problemen alleingelassen**

Viele idealisieren Berufslehren als Erfolgsmodell – und verdecken dadurch Probleme, die jungen Erwachsenen den Weg zu einem Abschluss erschweren. Das wurde im November 2025 beim «Spitzentreffen Berufsbildung» deutlich, wo zwei Sichtweisen auf das Thema aufeinanderprallten.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation schlug optimistische Töne an. Eine 2025 durchgeführte Sondierung zeige, dass die Schweizer Berufsbildung «solide aufgestellt» sei. «Das bildungspolitische 95-Prozent-Ziel» werde, so das Staatssekretariat, «weiterverfolgt». Abgesehen von Überprüfungsprojekten und einer kleinen Investition in die Ausbildung in Lehrbetrieben wurden aber kaum konkrete Massnahmen beschlossen.

Der Gewerkschaftsbund kritisiert, der Bund sei nicht bereit, zu handeln: «Die Lernenden gehen vergessen.» Das zeigt sich auch daran, dass der Anteil der berufsbildenden Abschlüsse in der Schweiz von Jahr zu Jahr sinkt. Insbesondere junge Frauen ziehen zunehmend allgemeinbildende Ausbildungen vor. Gewerkschaften möchten deshalb die Bedingungen der Berufsbildung verbessern, etwa durch mehr Lohn oder mehr Ferien. Weil aber weder Unternehmen noch der Staat mehr Geld investieren wollen, sind diese Forderungen politisch chancenlos.

Die Verantwortlichen hoffen, dass minimale Massnahmen zu einer Änderung führen werden. Doch das passiert nicht. In der Schweiz wird rund ein Viertel der Lehrverträge aufgelöst, Tendenz steigend. Viele Jugendliche wechseln zwar danach die Ausbildung oder den Betrieb. Gerade in Branchen mit kleinen Betrieben und hoher Arbeitsbelastung steigen aber auch die echten Abbrüche. Je nach Beruf oder Branche liegt diese Zahl bei deutlich über 10 Prozent – Spitzenreiter sind Berufe im Bau-, Auto-, Beauty- und Gastrogewerbe.

Die Gründe sind naheliegend: Branchen mit kleinen Betrieben sind auf die Arbeitskraft von Lernenden angewiesen – wie auch auf die der Berufsbildnerinnen. Für die Ausbildung stehen deshalb weniger Ressourcen zur Verfügung. Zudem steigen die Anforderungen in der Berufsausbildung laufend, was den Druck auf Ausbildungsverantwortliche und Lernende erhöht. Lernende müssen so schulische und berufliche Kompetenzen aufbauen und gleichzeitig Verantwortung im Betrieb übernehmen. Unter diesen Bedingungen erstaunt die Zunahme der Lehrabbrüche nicht.

Die Abbrüche hängen auch mit falschen Lohnanreizen zusammen. In den betroffenen Branchen können junge Menschen auch ohne Berufslehre arbeiten und verdienen dann deutlich mehr. Zudem werden sie durch den Abbruch der Schule oft kurzfristig entlastet.

Margrit Stamm betont in ihrer Einschätzung des Problems, dass der Moment, in dem Jugendliche sich für einen Beruf entscheiden müssen, in der Schweiz sehr früh ansteht. «Jugendliche müssen sich in anspruchsvollen Schnupperlehren bewähren, bevor sie dafür reif sind.» Deshalb weichen sie oft auf allgemeinbildende Ausbildungen aus.

Die Berufsbildung in der Schweiz gerät also von zwei Seiten unter Druck: Leistungsstarke Jugendliche, besonders viele junge Frauen, wenden sich schulischen Laufbahnen zu und fehlen in den anspruchsvollen Lehren. Am anderen Ende brechen Jugendliche mit Bildungslücken oder Motivationsproblemen ihre Lehre häufiger ab – oft landen sie danach direkt im Arbeitsmarkt.

## **Grund 4: Der Drehtüreffekt bremst**

Jugendliche mit mehreren Problemen – etwa Lernbeeinträchtigungen und Sprachdefiziten – haben ein besonders hohes Risiko, aus dem System zu fallen. Die Schweiz hat dafür ein wirksames Instrument entwickelt: das Case Management

Berufsbildung. Seit 2008 unterstützt vom Bund, hilft es Jugendlichen ohne Anschlusslösung in der Übergangsphase – mit messbarem Erfolg in 15 Kantonen.

Dieser Erfolg habe mit der Koordination verschiedener Stellen zu tun, sagt Ursula Renold, Professorin für Bildungssysteme an der ETH Zürich, im Gespräch mit der Republik: Das Case Management weise gefährdeten Jugendlichen eine Betreuungsperson zu, die Ansprechperson für die Berufsberatung sei, die IV, die Sozialdienste, das Migrationsamt und das Arbeitsvermittlungszentrum. Laut Renold wird so das vermieden, was sie als Drehtüreffekt bezeichnet: Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben es immer wieder mit neuen Stellen zu tun, die sie an die nächste weitergeben, ohne Lösungen zu finden. Von den im Case Management betreuten Jugendlichen hingegen fanden mehr als 60 Prozent eine Ausbildung oder eine Zwischenlösung.

Doch was als Erfolgsgeschichte erzählt werden könnte, hat kein Happy End. Das Case Management ist teuer, die Anschubfinanzierung des Bundes ist ausgelaufen, viele Kantone bauen das Angebot wieder ab. Besonders wirksam ist es, gefährdete Jugendliche systematisch zu identifizieren und sie dem Case Management zuzuweisen, zum Beispiel im letzten Jahr der Sekundarschule. Aus Kostengründen verzichten die meisten Kantone aber auf diese einfache Lösung und bieten Case Management nur noch interessierten Jugendlichen an. Aktuell sind viele dieser Stellen überlastet – und so besteht der Drehtüreffekt weiterhin und verursacht hohe Folgekosten bei IV und Sozialhilfe.

## **Grund 5: Die Politik begrenzt die Gymi-Quote**

Die letzte Erklärung für die verfehlten Anstrengungen hat mit politischen Eingriffen zu tun. Genauer: mit der künstlichen Beschränkung der Gymi-Plätze. Der Bundesrat schreibt dazu in einem Bericht:

In Regionen mit einer hohen gymnasialen Maturaquote stellen Lehrbetriebe Personen ein, die vergleichsweise tiefe Kompetenzen haben, da die kompetenteren Lernenden meistens das Gymnasium bevorzugen. Dieser Zusammenhang (...) führt zu einer grossen Variation der durchschnittlichen Kompetenzen innerhalb desselben Lehrberufes.

Hier zeigt sich ein Muster: In ländlichen Regionen der Deutschschweiz gibt es viel weniger 25-Jährige ohne Abschluss. Das hängt einerseits mit dem Ausländeranteil

zusammen. Andererseits spielt aber auch die gesellschaftliche Verankerung der Berufslehre eine entscheidende Rolle sowie der Wunsch, studieren zu können. Im Bericht des Bundesrats steht: «Die Entscheidung für die Berufsbildung oder den allgemeinbildenden Weg ist nicht nur eine Frage der schulischen Leistungen, der sozialen Herkunft oder der Schulaffinität, sondern vor allem eine interessen geleitete Entscheidung.»

Jugendliche in Städten und in der lateinischen Schweiz haben also andere berufliche Vorstellungen und ziehen auch deshalb schulische Abschlüsse vor. Diese Einsicht dehnt der Bericht auch auf Jugendliche mit Migrationshintergrund aus, die generell höhere Bildungsaspirationen haben.

Aus diesen Gründen ist die Annahme falsch, die Maturquote müsste künstlich tief gehalten werden, um kompetente Bewerberinnen für Lehrberufe zu finden. Zum Verständnis hilft es, eine natürliche Gymnasialquote von einer politischen Quote zu unterscheiden. Die natürliche Quote ergibt sich, wenn alle Jugendlichen an Gymnasien zugelassen werden, die das wollen.

In ländlichen Gebieten liegt diese Quote deutlich unter 20 Prozent. Dort gilt die Berufslehre nach wie vor als typischer Einstieg ins Berufsleben. Das führt dazu, dass Lernende sich meist gut mit ihrer Lehrstelle identifizieren können. Das Ergebnis sind hohe Abschlussquoten.

In städtischen Gebieten hingegen würden mehr als 40 Prozent der Jugendlichen gerne ins Gymnasium, was einige Kantone durch selektive Übertritte verhindern. Dadurch entsteht eine politische Quote, die im Kanton Zürich beispielsweise rund 22 Prozent beträgt. Gerade in städtischen Gebieten zwingt dies junge Menschen auf Ausbildungswege, die sie so nicht wählen würden. Das trägt dazu bei, dass dort weniger junge Menschen nachobligatorische Abschlüsse machen.

Die bildungspolitische Legitimation für dieses Vorgehen ist die Vorstellung, ein höherer Anteil von Jugendlichen in Berufslehren helfe dabei, das 95-Prozent-Ziel zu erreichen. Die relevanten Daten zeigen aber, dass das nicht stimmt, weil das komplexe Zusammenspiel zwischen Kompetenzen, Motivationen, Anreizen und Systemverständnis auf eine unzulässige Art vereinfacht wird.

Aktuell herrscht eine destruktive Konkurrenz um die besten Schülerinnen: Die Lehrbetriebe rekrutieren zu früh, um Schüler zu erreichen, bevor sie sich für das

Gymnasium entscheiden. Das wiederum überfordert viele Jugendliche, die bezüglich ihrer Berufswahl noch unsicher sind. Die Folge sind Leihabbrüche.

## Wie könnte die Schweiz das Ziel erreichen?

Wer 20 Jahre lang erfolglos ein Ziel hat, müsste dieses ehrlicherweise aufgeben – oder sich mehr anstrengen. Zwar steht die Schweiz in Bezug auf nachobligatorische Abschlüsse im internationalen Vergleich gut da, ihre Quote von rund 90 Prozent liegt deutlich über dem Durchschnitt der OECD (81 Prozent). Betrachtet man aber ein Land wie Irland, das sowohl das 95-Prozent-Ziel erreicht als auch eine hohe Quote von Hochschulabschlüssen hat, wird deutlich, wie spezifisch die Schweizer Situation in Bezug auf die Berufsbildung ist.

Da es in Irland sehr wenige berufsbildende Ausbildungsplätze gibt, qualifizieren sich fast alle jungen Menschen über ein Studium für anspruchsvollere berufliche Aufgaben. Das gelingt gut, doch trotz der vielen Abschlüsse ist die Jugendarbeitslosigkeit hoch. Ein solcher Vergleich zeigt, dass das Schweizer Bildungssystem anders funktioniert und neben Nachteilen auch viele Vorzüge hat.

Will man sich aber nicht mit Selbstgefälligkeit zufriedengeben, muss man anerkennen, dass die jungen Menschen ohne nachobligatorische Abschlüsse nicht nur schlechtere Chancen haben, ein gutes Leben führen zu können. Sie verursachen auch volkswirtschaftliche Kosten, weil ihr Risiko höher ist, krank, kriminell oder von Sozialhilfe abhängig zu werden. Der gesellschaftliche Wandel und die gesteigerten Anforderungen an viele Berufe haben dazu geführt, dass die Anstrengungen der Schweiz verpuffen, obwohl sich alle relevanten Organisationen auf das 95-Prozent-Ziel verpflichtet haben.

Das liesse sich durch folgende Massnahmen ändern:

1. Es gibt verbindliche Angebote für Kinder aus Familien, die zu Hause eine andere Sprache sprechen. Solche Programme müssten systematisch Sprachkenntnisse fördern, aber auch Fähigkeiten wie Durchhaltewillen und Zielstrebigkeit. Entscheidend ist auch eine integrative, wenig selektive Schulzeit, die gefährdete Kinder nicht ausschliesst, sondern stärkt.
2. Die Berufslehre wird attraktiver gemacht, indem kleine Betriebe und Branchen mit Schwierigkeiten unterstützt werden. Die Arbeitszeit der Lernenden wird reduziert und ihr Lohn erhöht. Berufslehren müssen den Druck auf Jugendliche

verringern – und zugleich mit Schulen oder Arbeit ohne Ausbildung konkurrieren können.

3. Die Gymnasialquote wird weniger stark künstlich beschränkt. Jugendliche sollten selbstständig Ziele entwickeln und verfolgen können, müssen dafür aber das Schweizer Bildungssystem richtig verstehen. Hilfreich wären eine etwas spätere Entscheidung bezüglich der nachobligatorischen Schulzeit sowie ein gezieltes Coaching durch Berufsberater mit mehr Zeit für die Jugendlichen. Die Schweiz braucht mehr junge Menschen, die sich für eine geeignete Berufslehre entscheiden, aber weniger, die in eine unpassende Berufslehre gezwungen werden.
4. In der Risikogruppe gibt es konsequentes Case Management: Besonders gefährdete Jugendliche werden in der Oberstufe identifiziert und danach begleitet. Finden sie keine Lehrstelle oder brechen sie eine Lehre oder andere Ausbildung ab, werden sie konsequent gecoacht.
5. Es gibt niederschwellige Angebote für Erwachsene, Abschlüsse nachzuholen und ihre berufliche Tätigkeit dafür anrechnen lassen zu können. Wichtig sind auch Weiterbildungsangebote, Sprachkurse und Stipendien.

Für diese Massnahmen braucht es politischen Willen und Geld. Geht es um das «Wohl der Schwachen», ist beides leider nicht immer leicht zu finden.